



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

**GESTERN
IST VORBEI!**



GESTERN IST VORBEI!

Verhelfe auch Du einem Freund oder Bekannten zu seinem Anfang bei den JuLis. Einfach Mitgliedsantrag ausschneiden, ausfüllen lassen und dem Vorsitzenden deiner Untergliederung geben.

SCHON IST ER DABEI. SO EINFACH KANN ES GEHEN!

VORNAME NAME GEBURTSDATUM BUNDESLAND

ADRESSE

TELEFONNUMMER E-MAIL

DATUM/UNTERSCHRIFT

NOCH EINFACHER GEHT ES ONLINE UNTER: www.julis.de/mitmachen



Nur zwei Wochen nach der Bundestagswahl kamen Junge Liberale aus ganz Deutschland am 7. und 8. Oktober in Jena zusammen. Auf dem ersten Bundeskongress nach der Rückkehr der Freien Demokraten in den Deutschen Bundestag war die Stimmung hervorragend.

Die Antragsdebatten waren wie immer hitzig, aber konstruktiv. Besonders gefreut haben wir uns über den Besuch der frisch gewählten JuLi-Bundestagsabgeordneten und FDP-Generalsekretärin, Nicola Beer.





6-7

Raus aus der APO, rein ins Vergnügen?

Der Wiedereinzug der Freien Demokraten ändert auch die Lage der Jungen Liberalen. Sie stehen wieder viel stärker im Fokus der Öffentlichkeit. Das birgt Risiken, aber auch viele Chancen.



14-15

Freiheitsrechte - Quo vadis?

Was in den nächsten vier Jahren in einer möglichen Jamaika-Koalition passieren muss, damit wir 2021 nicht im Orwell-Staat aufwachen.



16-17

Die beste Bildung der Welt

Das liberale Steckenpferd heißt Bildung. Füllen wir die Phrase der „besten Bildung der Welt“ endlich mit entsprechendem Inhalt. Denn in unserem Bildungssystem gibt es genug Stellen, an denen Verbesserungen nötig sind.



22-23

Das Gesicht des bürgerlichen Antifaschismus

94 Abgeordnete der AfD ziehen in den neuen Deutschen Bundestag ein. Es ist Zeit eine wirksame Strategie für den Umgang mit ihnen und dem Rechtspopulismus zu entwickeln. Ein Versuch.

- 2 Kurz und Knapp
- 4 Unsere neuen JuLi-Bundestagsabgeordneten
- 6 Raus aus der APO, rein ins Vergnügen?
- 8 Internationale Seite
- 10 Kein gemeinsamer Kompass führt nach Jamaika
Was nun?
- 12 Opposition ist eine Chance
- 14 Freiheitsrechte - Quo vadis?
- 16 Die beste Bildung der Welt
- 18 Digitale Strategie gesucht!
- 20 Nur vier Jahre Zeit
Plädoyer für eine neue EU
- 22 Das Gesicht des bürgerlichen Antifaschismus
- 23 Impressum

EDITORIAL

Hallo, ihr Lieben!

Wir haben es geschafft! Mit fantastischen 10,7 Prozent sind die Freien Demokraten wieder in den Bundestag zurückgekehrt. Mit einem überdurchschnittlichen FDP-Ergebnis bei den Jung- und Erstwählern haben die Jungen Liberalen großen Anteil daran, dass von nun an wieder eine liberale Stimme im Parlament zu hören ist. Und unser Einsatz wurde belohnt: Von unseren bundesweit 70 JuLi-Kandidaten sitzen nun zwölf als Abgeordnete im neugewählten Bundestag. Wer diese zwölf JuLis genau sind und was sie in den kommenden vier Jahren im Bundestag bewegen wollen, kannst Du auf der nächsten Seite lesen.

Nicht nur für unsere zwölf JuLi- und die weiteren 68 FDP-Abgeordneten geht die Arbeit jetzt erst richtig los. Nachdem sich die SPD in die Opposition verabschiedet hat, gibt es rechnerisch nur eine Mehrheit für eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen. Doch nachdem die FDP die Sondierungsgespräche nach über vier Wochen nun abgebrochen hat, ist die Zukunft aktuell noch sehr ungewiss. Wird es Neuwahlen geben? Sollte die FDP in eine Minderheitsregierung mit der CDU? Oder sollten wir das den Grünen überlassen? Die Jungen Liberalen müssen diesen schwierigen Prozess kritisch begleiten und – mehr noch als zuvor – Stachel im Fleisch der FDP sein. Denn Gestern ist vorbei.

Über das Morgen möchte ich deshalb in diesem jung + liberal mit Dir diskutieren. Was erwartest Du von den kommenden vier Jahren? Wie soll Deutschland 2021 aussehen? Welche Projekte vertragen keinen weiteren Aufschub? Soll die FDP in die Regierung oder in die Opposition? Welche Themen und Forderungen müssten unbedingt in den Koalitionsvertrag? Und: Was bedeutet es für die Jungen Liberalen konkret, nicht mehr APO-Jugendorganisation zu sein? Einige Vorschläge kannst du in diesem Heft lesen. Viel Spaß!



Eure Laura

Für Fragen und Feedback erreicht ihr mich jederzeit unter schieritz@julis.de.

FÜR EUCH IN BERLIN



NICOLE BAUER

**30 Jahre, Wirtschaftsingenieurin,
wohnt in Landshut.**

Nicole studierte an der Fachhochschule Landshut und bringt Erfahrungen aus China, den USA und England mit. Familie, Kinder, Bildung und Landwirtschaft zählen zu ihren Herzensangelegenheiten.



DR. JENS BRANDENBURG

**31 Jahre, Politologe,
wohnt in der Kurpfalz.**

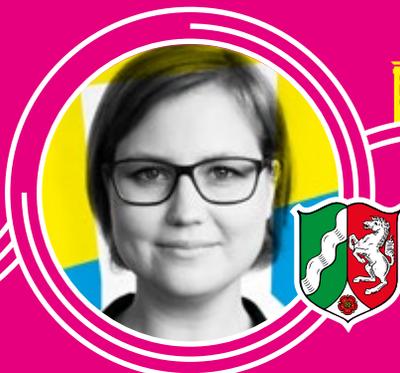
Nein, Jens ist nicht mit Mario verwandt. Er promovierte an der Universität Mannheim in Politikwissenschaft und VWL und arbeitet seither als Unternehmensberater. Jens möchte Generationengerechtigkeit und eine Reformation der sozialen Marktwirtschaft durchsetzen. Digitalisierung, Recht und Bildung sind ebenfalls auf seiner Agenda ganz oben.



MARIO BRANDENBURG

**33 Jahre, Wirtschaftsinformatiker,
wohnt in Rülzheim (Pfalz).**

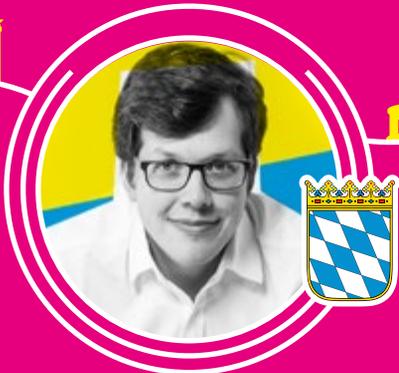
Mario studierte Wirtschaftsinformatik und ist bei Europas größtem Softwarekonzern tätig. Der Anspruch, die Digitalisierung voranzutreiben, ist somit auch neben seinem Engagement bei den Freien Demokraten beruflicher Alltag. Mario ist zudem begeisterter Fürsprecher für Gründer, Europa und setzt sich für eine verbesserte Gesellschafts- und Drogenpolitik ein.



KATHARINA KLOKE

**30 Jahre, Rechtsreferendarin,
wohnt in Aachen.**

Katharina hat ihr Studium der Rechtswissenschaft in Bonn absolviert und ist überzeugte Verfechterin der Freiheiten für das Individuum. Recht und Generationengerechtigkeit sowie Einwanderung sind ihre Hauptthemen.



DR. LUKAS KÖHLER

**31 Jahre, Philosoph,
wohnt in München.**

Denken wir neu - Lukas verinnerlicht das Konzept auch im Alltag. Der promovierte Philosoph strebt nach Veränderung und lässt diesen Ansatz auch in seine Arbeit als Geschäftsführer des von ihm mitgegründeten Zentrums für Umweltethik und Umweltbildung einfließen. Im Fokus stehen bei Lukas insbesondere Menschenrechte, Generationengerechtigkeit und Umwelt.



KONSTANTIN KUHLE

**28 Jahre, Rechtsanwalt,
wohnt in Göttingen.**

Konstantin ist Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen, hat in Paris und Hamburg Rechtswissenschaft studiert und kandidierte auf Platz sechs der Landesliste der FDP Niedersachsen. Er selbst beschreibt sich als glühenden Europäer und reiht sich somit in die pro-europäische Tradition der Freien Demokraten ein. Weiter sind Innere Sicherheit, Bürgerrechte, Bildung und Digitalisierung seine Anliegen.

UNSERE JuLi-Bundestagsabgeordnete



DR. MARCUS FABER

33 Jahre, Politikwissenschaftler,
wohnt in Stendal.

Marcus studierte in Potsdam und Sidney und promovierte zum Thema Direkte Demokratie. Seit 16 Jahren ist er politisch bei der FDP aktiv - der Einzug in den Bundestag war somit ein zu erwartendes Ereignis. Bildung, Infrastruktur und Bürgerrechte rangieren ganz oben auf Marcus Agenda.



KATRIN HELLING-PLAHR

31 Jahre, Rechtsanwältin für Medizinrecht,
wohnt in Hagen.

Katrin ist Fachanwältin für Medizinrecht und studierte in Münster. Nach ihrem Abschluss kam sie wieder in ihre Heimatstadt Hagen zurück. In ihrem politischen Fokus stehen Leistungsgerechtigkeit, Recht, Gesundheit und Generationengerechtigkeit.



GYDE JENSEN

28 Jahre, Kommunikationsreferentin,
wohnt in Kiel.

Seit sieben Jahren ist Gyde bei den Jungen Liberalen in Schleswig-Holstein und kandidierte auf Platz vier der Landesliste für die Bundestagswahl. Sie studierte Politik und Anglistik in Kiel und engagiert sich seit 2010 für die FDP und die Jungen Liberalen. Ihr Fokus: Außenpolitik, Europa, Digitalisierung und Familie.



ROMAN MÜLLER-BÖHM

24 Jahre, Student,
wohnt in Oberhausen.

Roman ist der jüngste Abgeordnete des Bundestages, was ihn jedoch nicht von der Gestaltung der politischen Trendwende abhalten wird. Ganz im Gegenteil: Roman hat konkrete Vorstellungen, wie er Deutschland verändern möchte. Neben seinem politischen Engagement studiert er Rechtswissenschaft und bereitet sich derzeit auf sein erstes Staatsexamen vor. Seine Themen: Digitalisierung, Infrastruktur und Innere Sicherheit.



MATTHIAS SEESTERN-PAULY

33 Jahre, Studienassessor,
wohnt in Osnabrück.

Matthias unterrichtet seit 2014 am Gymnasium in Osnabrück. Optimale Voraussetzung also, seine Expertise im Politikfeld Bildung einzubringen. Für die Themen Forschung, Demokratie und Finanzen setzt sich Matthias ebenfalls besonders ein.



BENJAMIN STRASSER

30 Jahre, Rechtsanwalt,
wohnt in Weingarten.

Vor seiner Bundestagskandidatur war Benjamin als parlamentarischer Berater für den Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll im Landtag von Baden-Württemberg tätig und arbeitete als Syndikusrechtsanwalt mit Schwerpunkt Arbeitsrecht. Mit voller Überzeugung setzt er sich für Digitalisierung, Infrastruktur, Bildung und eine starke Wirtschaft ein.

Raus aus der APO, rein ins Vergnügen?

Der Wiedereinzug der Freien Demokraten ändert auch die Lage der Jungen Liberalen. Als Jugendorganisation einer im Bundestag – womöglich sogar in der Regierung vertretenen – Partei stehen sie viel stärker im Fokus der Öffentlichkeit. Das birgt Risiken, aber auch viele Chancen.

Wer auf dem Bundeskongress in Jena war, hat viel Vertrautes erlebt: Hitzige Debatten, in der Sache hart, im Stil fair, und natürlich eine gewohnt gute Mischung aus Programmatik und Party. Ungewohnt war allerdings, dass die Beratung zeitweise von einem Kamerateam begleitet wurde und die Tagesschau über diese berichtete. Nach vier Jahren am Rande der Bedeutungslosigkeit muss man sich daran erst wieder gewöhnen. Die Julis sind jetzt die Jugendorganisation der vierstärksten Kraft im Bundestag. Zwölf unserer Mitglieder vertreten künftig jung-liberale Positionen im Parlament. Sollten die JuLis Regierungsjugend werden, wird die Aufmerksamkeit sogar noch zunehmen. Das wirft viele Fragen auf. Klar ist nur: Es wird sich einiges ändern.

German Demut statt German Hochmut

Erfolg ist eine gefährliche Sache. Er verführt dazu, sich auszuruhen und gegenüber weniger erfolgreichen Konkurrenten arrogant und überheblich zu werden. Das ist in der Politik nicht anders als im Beruf oder im Privatleben. Das Wichtigste ist deshalb, einen kühlen Kopf zu bewahren. Die Wahlperiode 2009 begann mit dem größten Erfolg in der Geschichte der FDP und endete mit einem historischen Absturz.

Wichtig ist deshalb, dass wir den Wahlerfolg, der zu einem guten Stück auch den JuLis und dem sehr guten Ergebnis bei den jungen Wählern zu verdanken ist, nicht als Abschluss unseres Modernisierungsprozesses sehen, sondern als Arbeitsauftrag, ihn fortzuführen. Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, sondern müssen umso engagierter für liberale Themen eintreten.

Das Ausscheiden aus dem Bundestag war kein Zufall. Aus den Fehlern von damals müssen wir heute die richtigen Schlüsse ziehen. Liberale Positionen dürfen nicht zur Beliebigkeit hin verwässert werden. Die JuLis sind diejenigen, die immer wieder mit neuen Vorschlägen Debatten in der FDP anstoßen müssen. Zugleich müssen wir auch darauf achten, dass unsere gemeinsamen Grundwerte und Wahlversprechen von der Mutterpartei nicht geopfert werden. Denn eines sollte jedem bewusst sein: Eine zweite Chance zum Neuanfang wird es für die Freien Demokraten nicht geben.

Strukturreformen: Die unendliche Geschichte

Seit 2013 hat sich einiges getan bei den Freien Demokraten. Vieles wurde von den JuLis angestoßen. Nach dem grandiosen Erfolg fiel es leicht, sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen. Es ist aber noch einiges zu tun. Die Listenaufstellung darf gerne noch transparenter, die Diskussionskultur noch lebhafter werden. Gerade wenn es mal wieder schlechter läuft, ist es wichtig, auf Fehler hinzuweisen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind auch parteiintern stärker zu nutzen.

Entscheidend für die Glaubwürdigkeit der „neuen FDP“ ist, dass sie nicht, jetzt wo sie wieder Ämter und Mandate hat, in alte Selbstherrlichkeit verfällt. Die Beteiligung der Basis muss beibehalten und ausgebaut werden. Die früher zuweilen etwas kalt-elitäre Art der FDP-Amtsträger, muss dauerhaft durch die im Leitbildprozess verankerte Empathie ersetzt werden.

Gerade weil die JuLis diese Strukturreformen bei den Freien Demokraten vorantreiben, müssen sie auch selbst weiter an sich arbeiten. Vielleicht noch stärker als bei der FDP müssen die JuLis Mitglieder, die nicht in großen Städten leben, anders als über die klassische Kreisverbandsstruktur erreichen. Die Hemmschwelle, sich zu beteiligen, auch zu kandidieren, muss weiter sinken. Die Arbeit der Strukturkommissionen sollte in absehbarer Zeit fortgesetzt und bestehende Vorschläge evaluiert werden. In einer Zeit, in der erstmals wieder die Hoffnung auf eine Vertiefung der EU durch eine neue deutsch-französische Achse besteht und in der echte europäische Parteien und Wahlen möglich scheinen, ist auch über die bessere alltägliche Vernetzung in der europäischen liberalen Familie nachzudenken. Wir Liberale sollten dort Vorreiter sein.

Freiheit für jeden – Mehr Vielfalt bei den JuLis

Wir JuLis stellen den Einzelnen in den Mittelpunkt der Politik. Das ist eine universale Botschaft, die für jeden Menschen mehr persönliche Freiheit verspricht. Umso wichtiger ist es, dass unser Verband die ganze Breite der Gesellschaft widerspiegelt.

Die JuLis haben immer noch zu wenige weibliche Mitglieder. Dadurch fällt es auch oft schwer, weibliche Kandidaten zu gewinnen, wodurch wiederum die nach außen wirkenden Vorbilder fehlen. Es geht darum, noch mehr Verständnis zu fördern bei Frauen, die vielleicht davor zurückschrecken, Ansprüche auf Ämter geltend zu machen, obwohl sie geeignet sind, und bei Männern, die (auch unbewusst) in bisher männlich dominierten Gremien dazu neigen, auch wieder Männer für freierwerdende Posten auszuwählen. So könnte auch dazu beigetragen werden, den doch auffallend niedrigen Frauenanteil bei den Bundestags- und Land-

tagswahlen dieses Jahr deutlich zu übertreffen.

Im Übrigen hängt die innverbandliche Vielfalt stark mit dem Wirken nach außen, eben wieder der Empathie als Grundeinstellung, zusammen. Immer noch gelten die Jungliberalen als die, bei denen Business-Outfits Pflicht sind. Solche Klischees verschwinden nicht leicht. Es braucht stetige Übung, zu zeigen, dass wir ein offener Verband sind, wo sich jeder und jede wohlfühlen kann. Das fängt mit Details an. Die Übersetzung für Gehörlose beim Bundeskongress war ein schönes Zeichen.

Programmatik neu denken

Im Wahlkampf herrschte um des gemeinsamen Erfolges willen ein Burgfrieden innerhalb der Partei und zwischen den Freien Demokraten und den JuLis. Nach der Wahl ist wieder Zeit für inhaltliche Auseinandersetzungen. Im Wahlkampf fielen manche Äußerungen von führenden FDP-Politikern, die kritikwürdig sind. Ein Beispiel ist die bewusst missverständliche Aussage von Christian Lindner zur Krim-Annexion. Es ist die Verantwortung der JuLis, diejenigen zu sein, die solche Aussagen – parteiintern, aber auch offen – kritisieren.

Der Erfolg der Freien Demokraten bei jungen Menschen legitimiert die JuLis, in den kommenden Jahren weiter die inhaltliche Debatte zu prägen. Manche Themen laden dazu ein, jeweils einen Schritt weiter zu gehen. Das Bekenntnis der FDP zur Cannabis-Legalisierung sollte nur der Anfang einer umfassenden Legalisierungsstrategie sein. Die Ehe für alle muss zur Elternschaft für alle führen, auch über Eizellen- und Samenspenden oder Leihmutterchaft. Die JuLis müssen darauf hinwirken, dass Freiheitsbeschränkungen aller Art, egal ob auf wirtschaftlichem oder gesellschaftlichem Gebiet, nicht nur limitiert bleiben, sondern konsequent zurückgenommen werden. Schließlich sollte auch der aus liberaler Sicht wohl sensibelste Politikbereich, das Strafrecht, einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden.

Eine einmalige Chance

Die Wahlerfolge der Freien Demokraten eröffnen uns JuLis viele Möglichkeiten, liberale Politik umzusetzen. Und wo wir sie nicht umsetzen können, haben wir immerhin wieder die großen Bühnen der Parlamente, um für liberale Ideen zu werben. Die JuLis werden wieder wahrgenommen und sollten die Aufmerksamkeit nutzen, um liberale Anliegen stärker in den Fokus zu rücken.

Parallel zum Bundeskongress fand der Deutschlandtag der Jungen Union statt. Im Minutentakt wurden dort Anträge abgenickt, die zuvor von einer Antragskommission bewertet wurden. Echte Debatten gab es nicht. Wer dies mit den mehrstündigen Beratungen und der unverändert guten Diskussionskultur vergleicht, die bei uns herrschten, wird den Optimismus haben, dass es den JuLis gelingen wird, dort weiterzumachen, wo wir vor der Wahl aufgehört haben: Kritisch, aber konstruktiv die FDP inhaltlich zu prägen. Wir haben jetzt die Chance, zu zeigen, warum es eine liberale Politik in Deutschland braucht. Nutzen wir sie!



MARC BAUER (22) leitet das Landesprojekt Liberale Strafrechtsreform der JuLis NRW. Ihr erreicht ihn unter bauer@lhg-nrw.de



Liebe Julis!



NOCH FRAGEN?

Bei Fragen zu unserer internationalen Arbeit steht Dir unser International Officer, Katharina (schreiner@julis.de) oder das Internationale Komitee (intkom@julis.de) gerne Rede und Antwort.

die Bundestagswahl ist vorbei und die Parteien verhandeln über die neue Ausrichtung der Bundesrepublik. Der noch ungewisse Ausgang wird dabei auch intensiv aus dem Ausland beobachtet. Wie wird das Ergebnis der Bundestagswahl in anderen Staaten wahrgenommen? Welche Auswirkungen wird das Ergebnis auf der internationalen Ebene haben? Dies wollen wir euch auf diesen Seiten erzählen. Viele Spaß beim Lesen.
Eure Katharina

NAHER OSTEN

Fortschritt auf leisen Sohlen



LARISSA SAAR (20) studiert in Bonn. Sie leitet im Internationalen Komitee die Naher Osten- und Nordafrika-Gruppe. Ihr erreicht sie unter larissa.saar@julis.de

Ein Tag nach der Bundestagswahl bezeichnete Al-Jazeera Angela Merkel sowohl als Gewinnerin als auch als Verliererin der Wahl. Der Sender beschäftigte sich darüber hinaus mit den anstehenden Koalitionsverhandlungen, vor allem aber auch mit den Veränderungen in Deutschland nach der Flüchtlingskrise und dem Aufstieg der AfD.

Doch die Veränderungen, denen sich Deutschland nach der Wahl stellen muss, sind vielfältiger als nur der Zustrom von Flüchtlingen in den vergangenen Jahren. Deutschland muss sich den Herausforderungen einer globalisierten Welt stellen, wozu auch gehört, mit Ländern im Nahen Osten zusammenzuarbeiten – und zwar insbesondere, bevor dort akute Konfliktherde entstehen. Gerade hier sollte die FDP als Partei der Weltoffenheit und des Fortschritts die Regierungsarbeit mitprägen. Eine proaktive Entwicklungspolitik muss Akzente setzen, damit in vier Jahren nicht erneut ein einziges Thema den Wahlkampf beherrscht.

AFRIKA

Mehr Kooperation mit Afrika



NADINE MAYER (27) ist Studentin in Hagen und Leiterin der Afrika-Gruppe des Internationalen Komitees. Ihr erreicht sie unter nadine.mayer@julis.de

Nach der Bundestagswahl schauen die afrikanischen Länder optimistisch in die Zukunft und hoffen auf die Verbesserung und Weiterentwicklung der transnationalen Beziehungen. Liberal-orientierte Partnerorganisationen wie beispielsweise in Tansania verfolgten die Wahlen und teilten unsere Freude über den Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Bundestag.

Wo besteht Handlungsbedarf? In internationalen Kooperationen und Investments besteht großes Potential für die fortschreitende Stärkung afrikanischer Staaten. Es sind Investitionen und Know-How-Vermittlung in Start-Ups, die Verbesserung der nationalen Sicherheit und des Umweltschutzes sowie die Unterstützung lokaler Produzenten notwendig. Insbesondere im Energiesektor sind infrastrukturelle Lösungen durch Kooperation gegeben.

Liberaler sind gefordert, demokratische Organisationen vor Ort zu stärken, Abhängigkeiten und Handelsbarrieren zu verringern und ihre soziale Aufmerksamkeit und interkulturelle Kompetenzen zu steigern.

Mehr Beachtung für einen unterschätzten Kontinent



MICHAEL BÖDECKER (23) studiert in Göttingen und ist Leiter der Latein- und Südamerika-Gruppe des Internationalen Komitees. Ihr erreicht ihn unter boedecker@julius.de

Argentinien war das Land in Südamerika, in dem man sich am stärksten mit der Bundestagswahl beschäftigt hat. Dort sah man mit Sorge den Aufschwung rechter Parteien wie der AfD und kritisierte Gaulands Aussage, man müsse einen Schlussstrich unter die Nazivergangenheit ziehen. In Brasilien

widmete man Angela Merkel ganze Artikel, während in Mexiko die Bundestagswahl in den Medien kaum eine Rolle spielte. Man sieht, dass Deutschland viel Aufmerksamkeit in Lateinamerika geschenkt wird, was allerdings kaum auf Gegenseitigkeit beruht. Lateinamerika ist ein unterschätzter Kontinent,

der außenpolitisch gesehen immer mehr aus dem Blickwinkel geraten ist. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Regierung dem Kontinent außenpolitisch mehr Beachtung schenken wird und die Potentiale, die dieser bietet, erkennt und auch nutzt.

NORDAMERIKA

Chance für die Handelspolitik



NICOLAS LEMBECK (29) ist Parlamentarischer Referent und Doktorand aus Hamburg. Er leitet die Gruppe zu Nordamerika, Ozeanien und UN im Internationalen Komitee. Ihr erreicht ihn unter lembeck@julius.de

Im politischen Konflikt liegt immer die Chance, entstehende Dynamiken positiv in neue Ideen umzusetzen. Eine Chance für Deutschland, aber auch für die Beziehungen nach Nordamerika. Konfliktlinien gibt es genug. Im Fokus ist dabei häufig die internationale Handelspolitik. Während die Verhandlungen zu TTIP stocken, könnte das bereits vorläufig in Kraft getretene europäisch-kanadische Freihandelsabkommen (CETA) ein neuer Anstoß sein, globalen Freihandel neu zu denken. Die anstehende Ratifizierung durch Deutschland wäre ein starkes Signal, Fortschritte bei Transparenz, Handelsgerichtsbarkeit und Standards anzuerkennen und gemeinsam mit Kanada weiter für einen inklusiveren Freihandel zu kämpfen. Denn: CETA ist nicht perfekt, aber es ist das Beste, was wir bisher kennen.

ASIEN

Reaktion in China



FRANZISKA BRASSE (21) studiert in Oxford und leitet im Internationalen Komitee die Asien-Gruppe. Ihr erreicht sie unter brasse@julius.de

In China wurde die Wahl grundsätzlich mit Gelassenheit entgegengenommen. Ein wenig Aufregung verursachte das Abschneiden der AfD, da Deutschland in den Augen Chinas derzeit als einer der verlässlichsten Partner in Europa gesehen wird. So war es für die Chinesen verwunderlich, dass auch hier eine rechte Partei so viele Stimmen erzielen konnte. Viel gefährlicher könnten in der kommenden Legislaturperiode jedoch die Grünen für China werden, da sie China gegenüber – insbesondere wegen der Menschenrechtsbilanz – sehr kritisch sind. Es ist zwar wichtig, die wirtschaftlichen Beziehungen weiter auszubauen, jedoch sollten auch die Freien Demokraten als Menschenrechtspartei Probleme in diesem Bereich immer ansprechen – auch gegenüber Partnerländern.

EUROPA

Willkommen in der neuen Realität, Deutschland!



MARCEL SCHOCH (25) arbeitet in Ludwigsburg als Produktmanager und ist Leiter der Europa-Gruppe im Internationalen Komitee. Ihr erreicht ihn unter schoch@julius.de

So wurde das deutsche Wahlergebnis, mit Blick auf den Einzug der AfD in den deutschen Bundestag, in den meisten europäischen Nachbarländern wahrgenommen. Doch auch das starke Abschneiden der FDP blieb nicht unbemerkt. Neben der Hoffnung auf neue Impulse für Europa, mischt sich jedoch auch die Sorge einer verstärkten Austeritäts- (also Sparpolitik) unter einer deutschen Regierung mit liberaler Beteiligung.

Nun ist es an uns, der Vereinheitlichung von Schulden, wie sie unter anderem der französische Präsident Emmanuel Macron durch die Einführung von Eurobonds vorschlägt, ein alternatives Konzept zur nachhaltigen Lösung der Euro-Krise und zur stärkeren europäischen Integration gegenüberzustellen. Ob das jedoch gelingt, ohne beim Thema gemeinsamer europäischer Haushalt näher zusammenzurücken, bleibt fraglich.

Kein gemeinsamer Kompass führt nach Jamaika

Was nun?

In Deutschland ist es leider unglaublich einfach, eine Mehrheit gegen etwas zu finden. Risiken und mögliche Probleme sind ja schließlich meist so offensichtlich und versperren einem die Sicht auf neue Wege. Doch wenn es darum geht, Chancen und Möglichkeiten auszuloten, fehlen oft der Mut oder die Vorstellungskraft. Dabei brauchte man gerade von Letzterem so einiges für ein Jamaika-Bündnis. Doch auch für eine andere Regierungsoption braucht es Mut: eine schwarz-gelbe Minderheitsregierung.

Kurz nachdem die FDP die Sondierungsgespräche verlassen hat, twitterte die ehemalige Bundestagsabgeordnete der CDU und jetzige Kolumnisten der *WELT*, Kristina Schröder, dass sie es besonders bedauerlich finde, dass damit auch Schwarz-Gelb vom Tisch sei. Dies ist jedoch nicht unbedingt der Fall. Die größten Differenzen gab es zwischen Grünen und FDP, auch wenn dies oft bestritten wurde. Die Arroganz der Grünen, die auch beim Scheitern der FDP bei der Bundestagswahl 2013 deutlich wurde, zeigte sich erneut am Montagabend bei *hart aber fair*. In den Sondierungsgesprächen beteuerten die Grünen immer wieder, sie würden im Bereich Migration auf die FDP und die Union zugehen – was vor allem das Abweichen von realitätsfernen Positionen bedeutete. Bei *hart aber fair* fiel es der Grünen-Chefin Simone Peter aber auf einmal wieder sehr leicht, die Schuld der FDP zuzuschieben und gleichzeitig gegen die CSU zu wettern: „Bei Asyl gibt es keine Begrenzung.“ Undifferenziert. Überheblich. Stur.

Von Seiten der FDP hieß es von Anfang an: Wenn wir unsere Überzeugungen nicht umsetzen können, gehen wir keine Regierung ein. Und jeder, der nun Christian Lindner als opportunistisch hinstellt, soll sich doch einmal Folgendes vor Augen führen: Christian Lindner stand kurz davor,

Vizekanzler zu werden, auch ein Ministerposten war zum Greifen nah. Auf beides hat er verzichtet, weil ihm eines wichtiger war: der Respekt gegenüber dem Wählerwillen. Die FDP von 2017 ist nicht mehr dieselbe wie die 2013. Und das ist gut so.

Trotz vieler gemeinsamer Ideen reicht es nicht für Jamaika

Union, FDP und Grüne haben trotz aller Differenzen eine Gemeinsamkeit, die es ihnen in den nächsten vier Jahren theoretisch ermöglicht hätte, eine funktionierende Regierung zu bilden. Sie alle sind bürgerliche Parteien der Mitte. Jamaika wäre eine Gelegenheit gewesen, die Ränder von links und rechts zu schmälern, indem das Bündnis die Probleme löst, die die Populisten zu lösen versprechen. Und es bestanden mehr Gemeinsamkeiten, als man zunächst annimmt. Hatte man im Wahlkampf die einzelnen Parteien zum Thema Digitalisierung befragt, so antworteten im Kern alle das Gleiche: Mehr investieren und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Dasselbe konnte man beim Thema Polizei beobachten. Oder hat man schon einmal einen Politiker weniger Geld für die Polizei fordern hören? Doch trotz aller Gemeinsamkeiten, gab es in den Sondierungen viele ungeklärte Streitpunkte. Mehr Geld für Bildung, Polizei,





Digitalisierung, Infrastruktur und gleichzeitig eine Abschaffung des Solis sind nicht möglich, wenn man die schwarze Null beibehalten will. Es ist nun Mal auch eine Frage der Finanzen, ob das alles so umzusetzen ist wie geplant.

Selbst beim Thema Einwanderung haben sich alle Jamaika-Parteien in den letzten Monaten ein Stück weit angenähert. Man müsse zwischen Flucht, Asyl und Zuwanderung unterscheiden, man brauche ein Zuwanderungskonzept nach kanadischem Vorbild, man müsse die Flüchtlinge besser unter den EU-Staaten verteilen. Auch hier gilt: Einzig und allein die Umsetzung fehlte noch. Während sich die Grünen an den Familiennachzug klammern, verkrampft sich die CSU mit ihrer Obergrenze. Betrachtet man die ganze Flüchtlingsdebatte einmal nüchtern, so müsste man doch erkennen, dass Begriffe wie Familiennachzug oder Obergrenze blanker Hohn sind. Die Familien, die wirklich in Krieg oder unter der Schreckensherrschaft des IS leben, haben gar kein Geld, um sich von Schleppern nach Europa bringen zu lassen. Diejenigen, die ihre Familie in den Trümmern Aleppos verloren haben, wissen oft gar nicht, ob der Rest der Familie überhaupt noch lebt, geschweige denn, wo er sich befindet. Schutzlager müssen zentral dort errichtet werden, wo die Flüchtlinge auch hinkommen, ohne ihr Leben dabei zu riskieren. Hingegen müssen Tunesien und Marokko endlich zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Immerhin sind sie für viele auch heute noch Urlaubsländer. Zudem ist auch die Obergrenze ein lächerlicher Versuch, die Flüchtlinge zurückzuhalten. Das Leid von Menschen kann man keinesfalls auf eine x-beliebige Zahl limitieren.

Protestwahl ist sinnlos

Die Opposition war in den letzten vier Jahren kaum zu hören. Die Grünen und die Linken bejubelten insgeheim die Mietpreisbremse, den Mindestlohn und die Frauenquote. Der einzige Kritikpunkt, den sie kleinlaut anbringen konnten: Alle drei Maßnahmen seien zu niedrig angesetzt. Mit der AfD und der FDP kommen nun zwei Parteien hinzu, die – was selbst Gegner zugeben müssen – den Bundestag endlich wieder Streitbar machen. Doch auch wenn beide Parteien den Stillstand der Großen Koalition vehement kritisierten, so unterscheidet sie doch die Art und Weise der Kritik. Während die Liberalen immer wieder an die Vernunft appellierten und an die Einhaltung bestehender Gesetze, baute die AfD ihren gesamten Wahlkampf auf Hetze und Ausländerfeindlichkeit auf. Es wurde gefordert, allen Türken, die bei dem Referendum um Erdogan für Ja gestimmt haben, den deutschen Pass wegzunehmen. Wie das bei einer geheimen, demokratischen Wahl passieren sollte, wurde natürlich nicht weiter ausgeführt. Es wurde gefordert, eine türkischstämmige Deutsche nach Anatolien zu entsorgen und den Begriff völkisch wieder positiv zu belegen. Bei vielen Nicht-AfD-Wählern löste das alles nur

Kopfschütteln aus. Und alle AfD-Wähler, die sich nun darüber beschwerten, wie lange die Sondierungen gedauert haben und wie viele linke Ideen die Grünen doch mit in eine Regierung bringen würden, sollten sich bewusstwerden, dass sie ihre Stimme einer Partei schenken, die eine klare Oppositionspartei ist. Hätten sie ihre Stimme der FDP oder der Union gegeben, so hätten sie die Grünen aus der Regierung raushalten können und ein gemeinsamer Nenner zwischen Union und FDP wäre auch schneller gefunden worden.

Neuwahlen würden rund 90 Millionen Euro kosten – und wahrscheinlich überhaupt nichts bringen

Nun scheint es nur noch zwei Möglichkeiten zu geben: Große Koalition oder Neuwahlen. Vor allem Letzteres ist momentan hoch im Kurs. Doch warum sind Neuwahlen gerade so populär? Was ist wenn – und so sagen es derzeitige Meinungstrends voraus – es wieder nur für Jamaika oder eine Große Koalition reichen wird? Wollen wir dann so lange neu wählen lassen, bis uns das Ergebnis gefällt? Je zersplitterter die Parteienlandschaft ist, umso länger dauert eben die Regierungsbildung, dies kann man momentan auch in den Niederlanden beobachten.

Attraktiver, aber auch gewagter als Neuwahlen, wäre eine Minderheitsregierung. Man müsse sich von Entscheidung zu Entscheidung eine Mehrheit suchen. Das würde die Demokratie beleben, Politikverdrossenheit verringern und vor allen Dingen könnte es keine Partei mehr geben, die sich vollkommen aus der Verantwortung zieht und sich als Protestpartei positioniert. Jede einzige Partei wäre eine etablierte Partei.

Eine schwarz-gelbe Minderheitsregierung hat eine Chance verdient

Angela Merkel machte bei den Sondierungen zwei entscheidende Fehler, die verantwortlich waren für das Scheitern von Jamaika. Der erste Fehler war, die Sondierungen in einer großen Gruppe zu beginnen. Effizienter wäre es gewesen, acht Spitzenpolitiker, aus jeder Partei zwei, an einen Tisch zu holen und ein gemeinsames Fundament zu erschaffen, auf dem anschließend verschiedene Expertengruppen gemeinsam die Details hätten ausloten können. Der zweite Fehler war zu versuchen, die Liberalen mit halbherzigen Kompromissen zu besänftigen.

Sollten nun tatsächlich Gespräche zwischen Union und FDP aufgenommen werden, so hätte man eine andere Ausgangsposition als bei Jamaika. Beim Soli müsste die FDP wahrscheinlich Abstriche machen, bei der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung wiederum müsste sich die Union auf die Liberalen zubewegen. Man würde sich in der Mitte treffen. Eine schwarz-gelbe Minderheitsregierung könnte also funktionieren, vorausgesetzt die Union betrachtet die FDP endlich als Partner und nicht mehr als Mehrheitsbeschaffer.



STEFANIE UNBEHAUEN (21) studiert Wirtschaftswissenschaften in Nürnberg. In ihrer Freizeit spielt sie gerne Tennis und engagiert sich für die DKMS. Ihr erreicht sie unter steffi.unbehauen@gmx.de

„Opposition ist

Mist

eine Chance.“

Als Franz Müntefering im Jahr 2004 mit seinem bekannten Satz „Opposition ist Mist“ auf potentielle Machtoptionen nach der Bundestagswahl anspielte, konnten er und wir nicht ahnen, dass wir 13 Jahre später alle seine Aussage entschieden umdeuten müssten.

Zugegeben: An dieser Stelle hätte in diesem Magazin ein Appell an die FDP stehen sollen. Inhalt des Appells wäre gewesen, dass die FDP die Oppositionsrolle nicht scheuen solle, sofern in den Sondierungsgesprächen ersichtlich werde, dass ein potentieller Koalitionsvertrag vielmehr von einer liberalen Sauklaue geprägt wäre als von einer liberalen Handschrift. Wie wir wissen, wurde der Konjunktiv meines möglichen Textes noch vor

dessen Veröffentlichung in die Polit-Realität geführt. Jamaika ist gescheitert. Zu unterschiedlich waren die Grundphilosophien. Zu unterschiedlich die Lösungsansätze in den Bereichen Bildungs-, Einwanderungs- und Klimapolitik. Das waren zumindest die großen jamaikanischen Knackpunkte.

Es hätte gelingen können

„Feigling!“, „Er stürzt Deutschland sehenden Auges in eine schwere Krise!“ oder „Inszenierung für innerparteiliche Interessen“. Selten war der Shitstorm-Gegenwind schockbedingt von vielen Seiten stärker, lauter und fassungsloser. Doch auch selten habe ich von so vielen Personen, für welche die FDP bisher unwählbar war, anerkennende Worte erfahren. Der späte Abend des 19. November wird ein sagenumwogener Abend bleiben. Klar ist aber: Die FDP ist aus ihrem lakaienartigen Mehrheitsbe-

schafter-Image der Kohl-Jahre herausgetreten und hat verdeutlicht, dass es bei den Jamaika-Verhandlungen nicht bloß um schwarz-grüne Einigungen unter gelber Duldung ging.

War Jamaika unmöglich? Nein, auf keinen Fall! Die FDP hätte sich durchaus damit abfinden können, wenn einzelne Trendwenden nicht erreicht worden wären und in anderen Punkten aus „weiter so“ „etwas anders in die gleiche Richtung“ geworden wäre. Vielleicht hätte ja der Soli für 75% der Bevölkerung wegfallen können und hätte so der schwarz-grünen Gerechtigkeits-Definition entsprochen. Vielleicht hätte sich ein weiterer blumiger Begriff der CSU-Obergrenze finden lassen können. Aber nein.

Statement gegen eine Politik der Floskeln

„Denken wir neu“ war das Motto der Bundestagswahlkampagne der Freien Demokraten. „Denken wir neu“ hieß dabei neben optischen, personellen und inhaltlichen Umstrukturierungen jedoch auch, aus den Fehlern der Koalitionsverhandlungen von 2009 zu lernen. Nicht noch einmal sollten liberale Positionen unterjocht werden. Nicht noch einmal sollte sich die FDP mit faulen Kompromissen begnügen.

Im Wahlwerbespot der FDP wurde von Christian Lindner noch die rhetorische Frage gestellt, wie ein Land aussehen würde, welches man neu „auf der grünen Wiese“ errichten kann. Alles neu – das geht mit 11 Prozent der Wählerstimmen natürlich nicht. Kompromisse müssen getätigt werden. Nach all dem, was nach außen dringt, war die FDP auch in ausreichendem Maße bereit zu solchen Kompromissen. Doch wer sagt, dass es staatspolitisch Notwendigkeit sei, Jamaika einzugehen, obwohl die Gefahr besteht, nach vier Jahren ein Land geschaffen zu haben, was sich kein bisschen näher an der Vision des „Deutschlands der grünen Wiese“ befindet, sondern wohl eher noch weiter entfernt ist?

Sozialdemokratische Doppelmoral

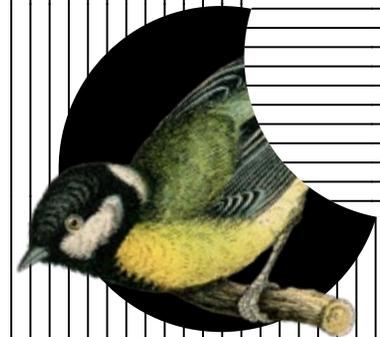
Um 18:01 Uhr am 24. September verkündete die SPD unmittelbar nach Erscheinen der ersten Prognose, dass 20,5 Prozent der Wählerstimmen der klare Auftrag wären, sich fluchtartig vor jeglichen Sondierungsgesprächen zu drücken. Natürlich hat Martin Schulz nicht Unrecht, wenn er davon spricht, Verantwortung könne auch von Seiten der Opposition getragen werden. Auch will ich der SPD das histo-

risch schlechteste Ergebnis nicht als Auftrag für eine zwingend notwendige „große“ Koalition verkaufen. Doch zum einen halte ich das Argument, man dürfe der AfD unter keinen Umständen die Rolle des Oppositionsführers zukommen lassen, für vorgeschoben, da es keinen Unterschied macht, ob nach der Regierungserklärung zunächst Herr Gauland oder Frau Nahles spricht. Wie immer in der Politik machen Positionen und Inhalte den wirklichen Unterschied für das Land. Zum anderen sollte man wenigstens das Gespräch suchen und versuchen, eigene Positionen möglichst deutlich in einem potentiellen Koalitionsvertrag unterzubringen.

Keine Angst vor Neuwahlen – die Chancen der Opposition

Was die Schlussfolgerungen aus der jetzigen Situation sein werden, ist noch nicht ganz klar. Im Falle von Neuwahlen weisen aktuelle Umfragen auf wenig veränderte Stimmungsbilder hin. Die Union schwächelt weiter, sodass Schwarz-Gelb in unerreichbare Ferne rückt. Was die FDP angeht, ist mit einem ähnlichen Ergebnis wie im September zu rechnen. Doch selbst wenn die FDP ein schwächeres Resultat erzielen sollte, wäre eine selbstbewusste Oppositionsrolle besser als eine Koalition, in der man die eigenen Visionen von Deutschland und die von über einer Millionen Deutschen mit den Füßen getreten hätte. Alleine aus diesem Grund sollten wir Neuwahlen nicht fürchten.

Eine Rolle in der Opposition, die wohl unabhängig jeglicher Szenarien folgen wird, sollten wir nicht als Scheitern, sondern vielmehr als Chance sehen. Sie bietet die Chance, neben liberalen Gesetzesinitiativen und konsequenter Kritik an der Regierung, interne Thinktanks sprudeln zu lassen. Es bietet sich die Chance für alle Mitglieder und gerade für alle JuLis, sich inhaltlich einzubringen. Es bietet sich die Chance, quer zu denken, vielleicht auch unbequeme Themen anzusprechen oder Ideen zu Themen zu entwickeln, mit denen man die Freien Demokraten vielleicht nicht sofort in Verbindung bringt. Natürlich sollte das auch unabhängig von der Rolle der FDP geschehen. Dennoch gefällt mir die Vorstellung einer FDP, die aus vier Jahren der Oppositionsarbeit inhaltlich gestärkt und schlagfertig wie nie zuvor angreifen und dabei auf eine tatsächliche Veränderung durch Trendwenden hinarbeiten kann.



Liebe JuLis, es liegt auch in unseren Händen, in Zukunft Wähler anzusprechen, die nie darüber nachgedacht haben, ihre Stimme den Liberalen zu geben. Haben wir keine Angst. Stehen wir zu unseren Überzeugungen.



TIM SCHÜTZ (20) ist dualer Student bei einem Baukonzern in Essen. Seit dem Abschluss seiner Ausbildung ist er Mitglied der JuLis, bei denen er als stellvertretender Bundesarbeitskreisleiter Verkehr & Umwelt tätig ist. Ihr erreicht ihn unter *schuetz.tim97@gmail.com*

Freiheitsrechte

quo vadis?

Was in den nächsten vier Jahren passieren muss, damit wir 2021 nicht im Orwell-Staat aufwachen.

In den gescheiterten Sondierungsgesprächen standen vor allem die Themen Einwanderung, Energie und Wirtschaft im Fokus. Die Themen Datenschutz und Privatsphäre spielen hingegen nur eine Nebenrolle. Gerade die Haltung der Union in Fragen zur informellen Selbstbestimmung, Datenschutz und Sicherheit lassen dauerhaft zu wünschen übrig und waren wohl ein Stimmungskiller für Jamaika - zumindest aus liberaler Sicht. Als digitales Sorgenkind haben sich CDU und CSU in der Vergangenheit schon öfter durch Kontrollwut oder schlichtes Nichtwissen ins Abseits manövriert. Sei es der ehemalige Innenminister Friedrich mit seinem Supergrundrecht auf Sicherheit, das sich in der gemeinen Ausgabe des Grundgesetzes gar nicht wiederfindet. Sei es Thomas de Maizière, welcher den Unterschied zwischen einer WhatsApp-Nachricht und einer SMS nicht kennt oder sei es Bundeskanzlerin Merkel, für die das Netz noch Neuland ist. Zwar lassen sich solche Äußerungen noch als witzig und unbeholfen abtun, doch wenn auf diesem Wissensfundament Gesetzesinitiativen aufbauen, die unsere verfassungsmäßig garantierten Freiheiten immer weiter verengen, wird daraus schnell bitterer Ernst.

Freiheitsfreie Räume schaffen

Schon ein (sehr unvollständiger) Blick auf die letzten beiden Jahre reicht aus, um der Freiheit retrospektive beim Erodieren zuschauen zu können. Hier eine kurze Auswahl. Dauerbrenner Nummer eins: Die Vorratsdatenspeicherung. 2015 unter Union und SPD eingeführt ist sie wohl das größte Feindbild für die digitale Selbstbestimmung. Bei dem Verfahren werden Kommunikationsdaten, Standortdaten oder auch IP-Adressen ohne konkreten Anlass gespeichert. Diese erlauben Rückschlüsse auf Verhaltensmuster und Persönlichkeit der Betroffenen, ohne dass dabei die Kommunikationsinhalte ausgelesen werden müssen. Die anfallenden Metadaten sind für eine hinreichende Charakterisierung der Nutzer ausreichend. Immerhin ist die Vorratsdatenspeicherung seit einer Klage Mitte dieses Jahres ausgesetzt.

Erst dieses Jahr wurde ein solides Fundament für die Quellen-Telekommunikationsüberwachung aka Staatstrojaner beschlossen. Die Kompetenz beinhaltet das Bespitzeln von Nutzerendgeräten und das fleißige Abfischen der entsprechenden Daten. Gerade Ende-zu-Ende

verschlüsselte Messenger Dienste wie WhatsApp sollen mit dem Trojaner ins Visier genommen werden. Auch die Videoüberwachung hat dieses Jahr ein neues, besorgniserregendes Level erreicht. So wurde am Bahnhof Berlin-Südkreuz der Modellversuch einer Gesichtserkennungssoftware gestartet. Die dafür notwendigen freiwilligen Probanden für ein tägliches Abgleichen waren erstaunlich schnell gefunden. Zudem wurde im Mai das Videoüberwachungsverbesserungsgesetz beschlossen, welches den Ausbau der Überwachungsinfrastruktur befördern soll, insbesondere an belebten Orten wie Clubs oder Einkaufszentren. Ebenfalls neu im Programm: Der Kennzeichenscanner. Er soll PKW-Nummernschilder erfassen und diese mit Datenbanken abgleichen, um mögliche Fahndungersuche zu erkennen. Doch nicht nur der Überwachungsstaat wurde ausgebaut, auch andere Freiheiten wurden ungeniert eingeschränkt.

So wurde im Sommer in Bayern die Gefährderhaft (eher Unendlichkeitshaft) eingeführt. Danach ist es möglich, Verdächtige auf unbestimmte Zeit festzusetzen. Zwar muss alle drei Wochen ein Richter über den weiteren Verbleib entscheiden, doch die Prozedur ist geeignet, die Haft ins Unendliche zu dehnen.

Auch die Meinungsfreiheit musste herbe einstecken. Seit Oktober ist das Netzwerkdurchsetzungsgesetz aka Meinungsfreiheitsbekämpfungsgesetz in Kraft. Auch hier stecken wie immer plausible Argumente dahinter, so sollen Hass im Netz und Fake News unterbunden werden. Zur konsequenten Durchsetzung sollen dann Anbieter von Social-Media-Plattformen entsprechende Beiträge löschen. Ansonsten droht eine Strafzahlung. Als wirtschaftlich orientiertes Unternehmen entfernt man dann natürlich lieber zu viel als zu wenig. Das Schlimmste dabei ist, dass die Betreiber Richter spielen und juristische Entscheidungen antizipieren müssen. Neben dem Tritt für die Rechtsstaatlichkeit sind solche Löschzwänge natürlich auch gut geeignet, kritische Meinungen oder Beiträge weg zu filtern.

Ein Blick über den Tellerrand zu unseren französischen Nachbarn zeigt, dass es sich mit einem verhängten Ausnahmezustand auch dauerhaft gut leben lässt. Seit dem Anschlag in Paris Ende 2015 wurde dieser sechsmal verlängert. Metallische Absperrgitter, weniger öffentliche Veranstaltungen und patrouillierende Soldaten an öffentlichen Plätzen gehören inzwischen zum Alltag. Und ist der Ausnahmezustand erst einmal lang genug in Kraft, ist die Hürde der Rücknahme umso höher. Hat sich

die Bevölkerung erst einmal an diesen Zustand samt eingeschränkter Grundrechte gewöhnt, liegt das Kind im Brunnen. Das neue Anti-Terror Gesetz, welches seit November den Ausnahmezustand ablöst, räumt den Sicherheitsbehörden übrigens nahezu gleiche Rechte wie im Ausnahmezustand ein. Ein stärkerer Fokus auf Sicherheit mag sinnvoll sein, doch mit dieser kurzzeitig erfolgsversprechenden und von Aktionismus

meintlichen Sicherheitsmaßnahmen zu belasten, welche stets mit dem „Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten“-Mantra begleitet wird, ist weder zielführend, noch stärkt sie den Rechtsstaat. Die Aufgabe der Liberalen ist es, dafür zu sorgen, dass nicht der Bürger, sondern der Staat gläsern ist. Dazu gehört es, Maßnahmen wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz abzublocken. Der nächste unsinnige

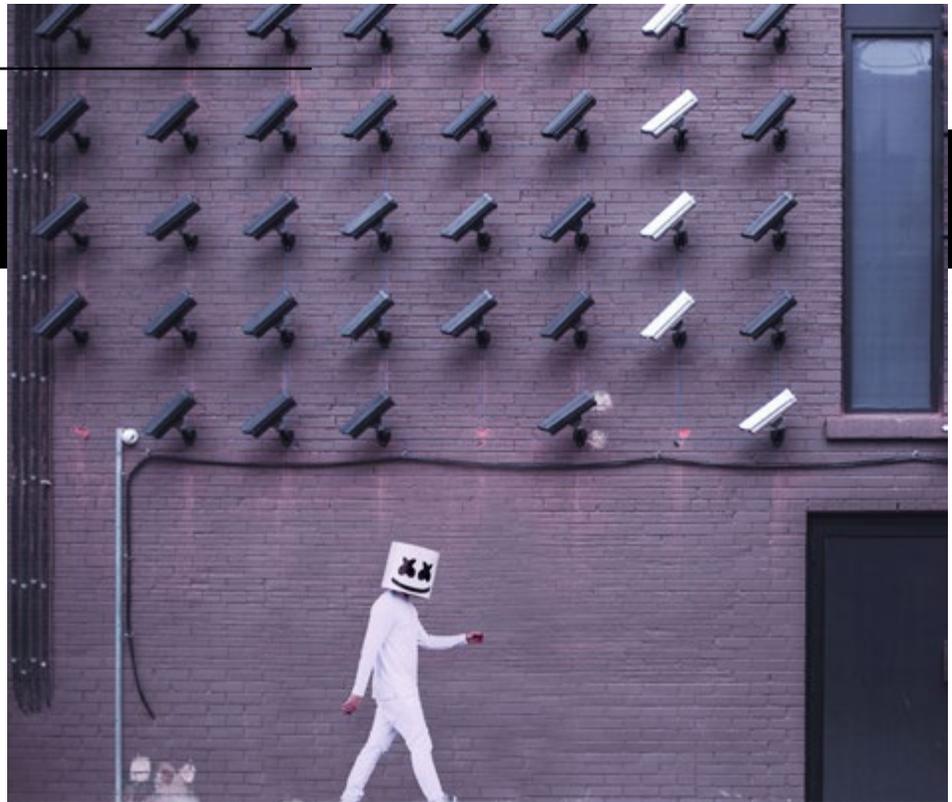


Photo by arvin leiby on Unsplash

getriebenen Politik auf Sichtflug wird man früher oder später eine böse Bruchlandung erleiden.

Zeit zum Handeln

Um aber genau solchen Entwicklungen vorzubeugen, beziehungsweise entgegenzuwirken, braucht es eine freiheitliche politische Kraft, die mit der FDP nun auch wieder im Bundestag vertreten ist. Mit Blick auf die Regierungsbeteiligung in NRW ist jedoch der Wille, die Bürger vor staatlicher Repression zu schützen, zumindest in Frage zu stellen. Gerade erst wurde unter Mitwirkung der Freien Demokraten die Kennzeichnungspflicht für Polizisten wieder abgeschafft. Die fadenscheinige Begründung: Die Polizisten würden sich durch die Kennzeichnung belästigt fühlen und Misstrauen werde gesät. Das Recht der Bürger, sich gegen staatliche Maßnahmen bei Fehlverhalten wehren zu können, sollte aus liberaler Sicht mehr Gewicht haben, als dass sich Polizisten belästigt fühlen könnten.

Was ist nun also von der FDP in einem möglichen Jamaika-Bündnis zu erwarten? Da wäre die schon angesprochene Vorratsdatenspeicherung, die dringend wieder abgeschafft gehört. Die Union argumentiert aus dem Neuland heraus damit, dass Cyberkriminalität auch mit Cybermaßnahmen bekämpft werden muss. Soweit, so konsequent. Doch die in der Union traditionelle Bereitschaft, auch potentielle Opfer mit ver-

Vorschlag steht schon in den Startlöchern und wurde vom designierten sächsischen Ministerpräsident Kretschmer vorgetragen. Danach sollen mittels Facial-Profiling bestimmte Verdächtige ermittelt werden, etwa Menschen mit Piercings, die zum Beispiel am Steuer eines teuren Autos sitzen. Klingt nach einer schlechten Folge der dystopischen Netflix-Serie Black Mirror, ist es aber leider bittere Realität. Sollten übrigens auch Rothaarige zu der Gruppe der Verdächtigen gezählt werden, könnte es für Kretschmer eng werden.

Es zeigt sich also, wo die Entwicklung hinläuft und auf welchem Niveau über das Thema Sicherheit debattiert wird. Auch wenn die abstrusesten Gesetzesinitiativen später vom Bundesverfassungsgericht kassiert werden, ist eine Politik, in der systematisch versucht wird, Grundrechte zu beschneiden, ein Armutzeugnis. Die Aufgabe ist also klar: Korrektiv und Garant der Freiheit und persönlichen Selbstbestimmung – digital wie analog. Wenn von allen Seiten gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung geschossen wird, ist es Aufgabe der Liberalen, die Stimme der Vernunft zu sein.



DENNIS HÄNEL (26) studiert Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig und ist stellvertretender Vorsitzender von Freier Campus, der liberalen Hochschulgruppe Leipzig. Ihr erreicht ihn unter: Aenel91@googlemail.com

Die beste Bildung der Welt

Nur eine leere Phrase?

Politiker sind Meister darin, Leuten etwas zu versprechen, dass so gut klingt, dass niemand ernsthaft dagegen sein kann und es gleichzeitig so vage ist, dass sich niemand angegriffen fühlt. Zeit für mehr Gerechtigkeit. Klar für Sicherheit. Umweltschutz. Freiheit. – Wenn es nach diesen Phrasen gehen würde, sind alle Parteien wählbar. Vielleicht haben sich Teile der sogenannten alten FDP das genau so gedacht. Bloß nicht bewegen, nicht zucken, weiter im programmatischen Vakuum verharren, um ja keinen Wähler zu verschrecken. Damit ist jetzt Schluss.

Die Erneuerung zeigt sich maßgeblich und endgültig nicht mit der Zuschaustellung neuer Farben oder der Aufstellung neuer Gesichter, sondern der Umsetzung der Inhalte. Nach den entbehrungsreichen Jahren in der grau-nassen außerparlamentarischen Opposition ist nun wieder heiter Sonnenschein. Doch kein Grund, an Urlaub zu denken. Gerade jetzt, in den Koalitionsverhandlungen, werden die Weichen gestellt, an denen uns die Wählerinnen und Wähler 2021 messen werden und müssen. Vollmundig haben wir um ihr Vertrauen gebuhlt, ihnen als reuiger Büßer versprochen, alles anders machen zu wollen und verstanden zu haben. Also: Zeit für Nägel mit Köpfen!

Das liberale Steckenpferd

Das liberale Steckenpferd heißt Bildung. Keine andere Partei hat verstanden, dass Bildung der Schlüssel dazu ist, eine Gesellschaft zu erreichen, in der Träume möglich sind und jede Türe offensteht, solange man sie denn nur öff-

nen möge. Ich fände so eine Gesellschaft großartig. Man müsste nicht mehr danach fragen, welche Leistungen und Geschenke der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern zukommen lassen soll, nicht mehr danach fragen, was bekomme ich eigentlich vom Staat, sondern umgekehrt. Man fragt: Was kann ich durch ihn erreichen? Eine Gesellschaft also, die weg kommt von der nährenden Muttermilch des Staates und erwachsen wird. Natürlich bleibt die Mutter weiter ein enger Teil, aber man ist bereit, selber für sich zu sorgen. Genau das wollen wir mit unserer Bildungspolitik erreichen. Was also muss die nächsten vier Jahre gemacht werden?

Am wichtigsten ist wohl, noch vor mehr Geld und flexiblen Rahmenbedingungen, die Qualität der Bildung, der im großen Maße noch der Teil der Eigenverantwortung fehlt. Von der KiTa bis zur Hochschule bringen wir den Lernenden in unserem Land bei, was wir für richtig und wichtig halten und lassen sie das auswendig lernen. Wir brauchen uns also nicht wundern, wenn Schülerinnen und Schüler nach der Mittleren Reife oder dem Abitur klagen, sie können Gedichtinterpretationen in zig Sprachen durchführen, aber noch nicht mal einen Mietvertrag abschließen. Es bleiben uns also zwei Möglichkeiten. Entweder muss jeder Mietvertrag mindestens einen dreihebigen Jambus beinhalten oder wir vermitteln in der Schule auch die Werkzeuge, sich eigenständig mit der Welt zu beschäftigen. Ich würde Letzteres bevorzugen. In jedem Fall braucht es für die beste Bildung aber auch die besten Lehrerinnen und Lehrer. Klar sollte man sich dafür aussprechen, dass diese schon vor dem Referendariat Kontakt zu Schülern haben, über eine leistungsabhängige Bezahlung nachdenken und die Verbeamtung abschaffen. Es kann nicht sein, dass ein Lehrer zehn Jahre vor der Pension einmal eine Overhead-Folie vorbereitet und die jedes Jahr einfach neu auflegt und abschreiben lässt. Schlechte Lehrer müssen auch entlassen werden können.

Das Kooperationsverbot muss fallen

Bundestag und Bundesregierung geben viel Geld für viel Unsinn aus, die Bildung gehört nicht dazu. Gerade hier wird zuerst der Rotstift angesetzt, wenn doch mal gespart werden muss. Die Konsequenz: Alleine bei den Hochschulen gibt es einen Sanierungsstau von 30 Milliarden Euro. Tendenz steigend. Die beste Technik, die engagiertesten Lehrer und das sinnvollste Konzept nutzen nichts, wenn es bei Regen von der

Decke tropft, die Schüler sich von der Toilette ekeln oder die Heizung im Winter ausfällt. Klar muss das Kooperationsverbot fallen. Die Union erzählt zwar unentwegt die Mär der finanzpolitischen Hintertür, durch die eine Förderung durch den Bund bereits möglich ist, doch zu einfach lässt sie sich entlarven. Sie will einfach von ihren eigenen Fehlern ablenken, zum Beispiel jenem, dass sie den versprochenen Digitalpakt in der letzten Legislatur krachend gegen die Wand gefahren hat. Kein Wunder, dass Bundesministerin Wanka das Handtuch wirft. Es wird Zeit, dass der nächste Finanzminister oder die nächste Finanzministerin die Scherben aufkehrt und das versprochene Geld für Digitalisierung an den Schulen ermöglicht.

Elitenförderung ist in links-alternativen Kreisen, die ihre Kinder gerne auf Waldorfschulen und Internate schicken, zum Schimpfwort geworden. Ich gebe mich also geschlagen und etikettiere das Wort einfach um: Genieverdachtsunterstützung. Darum geht es im Kern nämlich auch. Jedes Kind steht erstmal unter Genieverdacht. Bildung darf nicht zum engen Korsett werden, sondern die individuellen Stärken fördern und Talente von morgen unterstützen. Um die besten Rahmenbedingungen zu schaffen, muss die Stipendienkultur ausgebaut, das elternunabhängige BAföG für Studierende und Auszubildende eingeführt und der Wettbewerb zwischen den pädagogischen Konzepten zugelassen werden.

Keine Scheu vor großen Aufgaben

Abzuschaffen ist hingegen der Wettbewerb zwischen den Bundesländern. Nicht Bremen und Bayern sind Konkurrenten, sondern Deutschland und die USA, Russland und China. Was für viele selbsterklärend klingt, ist längst nicht überall angekommen, obwohl es der Kern des Hauptanliegens der besten Bildung der Welt ist. Denn wir sprechen hier nicht im Plural. Es soll gerade nicht 16 beste Bildungen der Welt geben, sondern eine. Für alle. In Deutschland. Der Bildungsföderalismus muss fallen, die Länder auf diese Kompetenz verzichten. Es wäre die größte Veränderung in den Bund-Land-Beziehungen in der neueren

Geschichte. Aber Liberale haben sich noch nie vor großen Aufgaben gescheut. Denken wir neu.

Für die nächsten vier Jahre wünsche ich mir eine progressive Koalition, die Digitalisierung nicht zum neuen Feindbild aufsteigen lässt und sich pragmatisch mit Bildungspolitik beschäftigen kann. Das hätte durchaus Jamaika sein können. Was es nicht sein kann, haben wir in den letzten vier Jahren gesehen – eine Große Koalition. Den Stillstand haben wir zwar durch eine starke Wirtschaft ausgleichen können, nochmal wird das aber nicht gut gehen. Zu sehr bedingen sich Talentförderung, Forschung, Entwicklung, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze. Wenn wir Wohlstand erhalten wollen, dann müssen wir heute schon die Weichen für morgen stellen, denn mit den aktuellen Systemen sind wir morgen abgehängt. Es ist die Bildungspolitik, der Umgang mit den Talenten als Ressourcen, die unsere Zukunft entscheiden wird. Wir müssen es uns nur langsam mal klarmachen.



JOHANNES DALLHEIMER (22) studiert Wirtschaftswissenschaften und ist Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen. Ihr erreicht ihn unter dallheimer@julius.de

Digitale Strategie gesucht!

Die Digitalisierung war eines der Hype-Themen des vergangenen Bundestagswahlkampfes. Und hat gleichzeitig gezeigt, wie groß der Wunsch der Wähler nach einer Digitalisierungs-Strategie für unser Land ist. Nicht zuletzt die FDP konnte davon profitieren und Stimmen gewinnen. Doch nun ist es nach der Wahl und nun reicht es nicht mehr, die Buzzwords zu kennen und flammende Reden zu halten. Nun geht es an die Umsetzung.

Und da gibt es mehrere Stolpersteine zu bewältigen. Die gute Nachricht: Der Bundestag soll im Jahr 2018 WLAN bekommen. Die schlechte Nachricht: Das World Economic Forum sieht Deutschland auf Platz 12 des weltweiten Network Readiness Index. Die EU Kommission vergibt an Deutschland Platz 10 des Digital Economy and Society Index. Sogar innerhalb der EU sind wir also schon schlecht aufgestellt, obwohl wir da doch so gerne eine Führungsposition einnehmen. Kleinere Mitgliedsstaaten wie Estland oder Finnland laufen uns digital davon.

Macher im Parlament?

Und was passiert in Deutschland? Es fehlt an Machern in der Politik. Wer eine Social Media Kampagne im Wahlkampf befüllen kann, ist noch lange nicht in der Lage, eine nachhaltige Strategie für einen digital zurückgebliebenen Wirtschaftsstandort zu entwerfen. Dass wir sehr wahrscheinlich eine Regierung aus vier Parteien bekommen, macht die Sache nicht einfacher.

Neben der technischen Expertise fehlt unter anderem die Arbeitnehmer-Perspektive im Parlament. Wer selber am Schreibtisch arbeitet und einen mehr oder weniger schnellen Internetanschluss nutzen kann, vergisst schnell, dass in vielen Unternehmen knapp die Hälfte der Belegschaft an völlig undigitalen Maschi-

nen und Werkbänken ihr Geld verdient. Hier sind wir von einer flächendeckenden Digitalisierung und damit einhergehenden Effizienzsteigerung meilenweit entfernt. Aber ganz besonders diese Menschen gilt es abzuholen und mitzunehmen auf dem Weg in die digitale Welt. Den Umgang mit digitalen Anwendungen und die Zusammenarbeit mit Maschinen zu erlernen, wird für sie die einzige Chance sein, Arbeit zu finden, wenn weiterhin Arbeitsplätze in der deutschen Industrie abgebaut werden.

Fangt endlich an, zusammen zu arbeiten!

Was mir auffällt ist, dass Digitalisierung immer noch zu oft als oberflächliches Einzelthema gedacht wird. Man kann sich nicht mit etwas schmücken, dass man nicht umsetzt. Besonders nicht in der digitalen Welt, denn Digitalisierung schafft vor allem eins: Nachvollziehbarkeit und Transparenz. So manches Unternehmen hat das schon gelernt, die Politik noch nicht. In den letzten Jahren haben sich im politischen Bereich auf allen Ebenen Personen, Institutionen und Initiativen die Digitalisierung unseres Landes auf die Fahne geschrieben, doch kaum einer arbeitet kooperativ oder weiß, was der andere tut oder wo der tatsäch-

liche Bedarf liegt. Gleichzeitig werden gerade mittelständische Unternehmen außerhalb der Ballungsgebiete von solchen Initiativen kaum erreicht. Gerade hier liegt aber viel Digitalisierungs-Potential. Doch um Menschen und Unternehmen flächendeckend zu erreichen, braucht es nicht nur eine umfassende Digitalisierungs-Strategie, sondern auch die zeitnahe Umsetzung von Meilensteinen. Schließlich werden Digitalisierungs-Projekte durch Steuern finanziert.

Um die Digitalisierung Deutschlands zu koordinieren, wird vielerorts ein Digitalministerium gefordert. Allerdings gibt es auch Experten die mahnen, dass ein zusätzliches bürokratisch organisiertes Ministerium der falsche Weg wäre, um einer dynamischen Entwicklung wie der Digitalen Transformation Herr zu werden. Meiner Ansicht nach bräuhete es erst einmal eine Bestandsaufnahme, welche Digitalisierungs-Initiativen und Förderungen es bereits gibt und wo noch Lücken zu schließen sind.





Vor allem im Bereich digitale Verwaltung. Es ist dabei eher unwahrscheinlich, dass der Staat alleine – innerhalb eines angemessenen Zeitraums – sichere digitale Verwaltungslösungen bereitstellen kann. An Public-Private-Partnerships führt hier kaum ein Weg vorbei. Denn nur, wenn die Verwaltung in der Lage ist, einheitliche und sichere Funktionen und Schnittstellen bereitzustellen, lohnt es sich auch für die Unternehmen, die sich bisher vor der Digitalisierung drücken, das papierlose Büro einzuführen. Das hat wiederum direkten Einfluss auf die digitalen Fähigkeiten der Mitarbeiter. Damit sind wir dann zwar kein digitaler Vorreiter, aber auf dem Weg in die richtige Richtung.

Wir brauchen technisch-politische Diskussionen

Wenn wir in Zukunft eine starke digitale Wirtschaft haben wollen, wird dies nur möglich sein, wenn auch unsere Infrastruktur umfassend digital wird – auf einer sicheren Basis.

Wir werden uns als Gesellschaft Gedanken machen müssen, ob unsere bürokratische Organisations-Struktur noch sinnvoll ist. Ob wir nicht lieber eine umfassende Bürgerdatenbank mit validen Identitäten und funktionierenden eGovernment-Funktionen haben wollen, als unverbundene Datenbanken und Menschen, die in der digitalen und der analogen Welt durch sämtliche System fallen, weil sie nicht zugeordnet werden können.

Wer jetzt gleich Überwachungsstaat ruft, sollte sich mit dem Thema tiefergehend auseinandersetzen. Unter IT Sicherheits-Experten diskutieren wir aktuell nicht nur den Bundestrojaner für Online-Durchsuchungen, sondern auch die neu geschaffene Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich kritisch. Dort wird unter anderem an Methoden zur Umgehung von Verschlüsselungen geforscht, um Polizeibehörden und Geheimdiensten Zugriff auf gesicherte Daten zu ermöglichen. Beide Initiativen dienen der Um-

gehung von Datenschutz und IT Sicherheit. Daher finde ich beide persönlich viel fraglicher als die Überlegung einer umfassenden und sicheren Datenbank für Bürgerdaten.

Solche technisch-politischen Diskussionen werden natürlich vorrangig unter Experten geführt. Und genau da liegt ein weiteres Problem: Viel zu viele Bürger trauen sich gar nicht, in die Diskussion zur Digitalisierung einzusteigen, weil ihnen das technische Grundwissen fehlt. Bisher ist unklar, wer die Verantwortung trägt, Menschen verschiedener Altersgruppen zu mündigen Bürgern einer digitalen Welt aus- und weiterzubilden. Wer ist hier zuständig? Schulen, Unternehmen, Politik, oder jeder Einzelne selber? Sicher ist jedenfalls: Wer etwas nicht versteht, reagiert mit Angst und lehnt Neuheiten schneller ab. Die Freien Demokraten haben es im Wahlkampf thematisiert. Angst ist vielleicht die größte Hürde auf dem Weg zum digitalen Deutschland.

...auch innerhalb der EU

Und noch viel schlimmer: Während wir so beschäftigt damit waren, die Digitale Transformation unseres Landes vor uns her zu treiben, hat sich die Europäische Union sehr wohl mit dem Thema beschäftigt. Und das aus deutscher Sicht nicht unbedingt in unserem Sinne. Die im Mai 2018 in Kraft tretende Datenschutz-Grundverordnung lässt besonders Gründer und Entwickler im Bereich Datenverarbeitung und Machine Learning mit dem Kopf schütteln. Der Umgang mit Daten wird zwar regulierter, allerdings dadurch für den Verbraucher nicht unbedingt sicherer. Die nächste Initiative im Bereich IT-Sicherheit ist schon geplant. Und Europa verliert abermals eine Chance, in Sachen Zukunftstechnologien auf Augenhöhe mit anderen Tech-Standorten zu kommen. Denn wer für sein Tech-Startup aufgrund behindernder Regulierungspolitik keinen Markt in Europa sieht, packt seinen Laptop und geht. Das sollten wir verhindern.



CAROLIN DESIRÉE TÖPFER (28)

ist Politologin, IT-Sicherheits-Expertin und Datenschutzbeauftragte. Sie beschäftigt sich mit komplexen IT-Infrastrukturen und bloggt auf www.digitalisierung-jetzt.de zu den technischen und sozialen Herausforderungen der Digitalen Transformation. Ihr erreicht sie unter cdt@cdt-consulting.de



WORK HARDER

Nur vier Jahre Zeit

Ein Plädoyer für eine neue EU

Für die Liberalen war die Bundestagswahl ein voller Erfolg. Aber auch nationalistische Populisten sind ins Parlament eingezogen. Und genau aus diesem Grund muss sich die EU jetzt reformieren. Denn aufgrund der politischen Konstellationen in Europa haben wir vielleicht nur vier Jahre Zeit.

D

Die ganze Welt hat am Tag der Bundestagswahl auf Deutschland geschaut. Klar, die Zukunft der größten Wirtschaftskraft der Europäischen Union geht alle etwas an. Viele Probleme in Europa müssen gelöst werden und zwar möglichst schnell. Es geht ja um existenzielle Fragen wie Brexit, gemeinsame Sicherheitspolitik, die Flüchtlingskrise oder die Reform der Eurozone. Die Abwahl der Großen Koalition wurde deshalb auch in den anderen EU-Mitgliedsstaaten mit neugieriger Erwartung betrachtet. Man ging vielerorts fast schon automatisch von einem weiteren Erdrutschsieg Merkels aus. Nun kam das alles etwas anders. Die Probleme von vorher müssen aber immer noch gelöst werden.

Um die Entwicklung der Europäischen Union und Europas in den nächsten vier Jahren ab-

schätzen zu können, muss man zunächst einen Blick auf unsere Nachbarländer werfen. Viele von ihnen hatten auch in den letzten Monaten Wahlen und die waren zumindest in Sachen Europa um einiges entscheidender als die Bundestagswahl. Schließlich stellte sich bei uns nie wirklich die Frage, ob die proeuropäischen Kräfte im Parlament keine Mehrheit haben würden.

Ein Blick über den nationalen Tellerrand

Entscheidend dabei sind natürlich zunächst einmal die Wahlen in unserem Nachbarland Frankreich. Nach einem dreieckigen Wahlkampf mit gegenseitigen Anschuldigungen von allen Seiten und einer desaströsen Grand Débat von Marine Le Pen und Emmanuel Macron ging Letzterer zwar als klarer Sieger hervor. Doch der Schein trügt, wenn man ungültige Stimmen

und Enthaltungsstimmen mitrechnet. Gleiches gilt auch für die Parlamentswahlen. Die absolute Mehrheit hilft Macron bei seinen Reformbestrebungen, aber ein Zeichen für eine große Unterstützung in der Bevölkerung war sie nie. Nun kann man Macron zugutehalten, dass er seine Wahlversprechen schnell umsetzt. Aber gerade bei seinen Arbeitsmarktreformen ist dieses Tempo für viele Franzosen nicht wirklich erstrebenswert. Und bei der nächsten Wahl müssen die Reformen schon Erfolge gezeigt haben. Ansonsten könnte der rechtspopulistische Front National das Feld übernehmen.

Ein weiterer Knackpunkt wird in den nächsten Monaten und Jahren auf jeden Fall Österreich sein. Der designierte Bundeskanzler Sebastian Kurz hat seiner Partei einen Erneuerungskurs auf die Fahne geschrieben und ihr im wahrsten Sinne des Wortes einen neuen Anstrich gegeben. Der hat sich auch inhaltlich bemerkbar gemacht. Die ÖVP konnte im Wahlkampf vor allem mit dem Werben für eine restriktive Flüchtlingspolitik punkten, oftmals konnte man gar nicht mehr feststellen, ob eine Aussage von Seiten der ÖVP oder der rechtspopulistischen FPÖ getroffen wurde. Nun sitzen beide Parteien am Verhandlungstisch für eine Koalition, die zwar laut Kurz der EU positiv gegenüberstehen soll. Dennoch darf zu erwarten sein, dass es mit FPÖ-Ministern im Rat der Europäischen Union nicht gerade einfacher wird, notwendige Reformen durchzusetzen. Man kann aber zumindest die Hoffnung haben, dass die liberalen Kräfte der NEOS nach ihrem fulminanten Wahlkampf in der Opposition ordentlich Druck machen werden.

Aber die Liste der europäischen Länder mit internen Komplikationen geht weiter. Die nach monatelangem Verhandeln gebildete Koalition des niederländischen Premierministers Mark Rutte sitzt alles andere als im festen Sattel. In der Tschechischen Republik ist mit Andrej Babis ein skandalgeplagter Multimillionär bald möglicherweise Ministerpräsident, der es wohl als erstes Mitglied der liberalen Familie geschafft hat, mit Trump oder Berlusconi verglichen zu werden. Und in Italien bemüht sich eben dieser Berlusconi um eine rechtskonservative Regierungsmehrheit bei der kommenden Wahl, ebenfalls gestützt von Populisten wie der Lega Nord.

All das kann natürlich in gewisser Weise beunruhigen, es sind aber eben auch die harten

Fakten, die man als überzeugter Proeuropäer manchmal schönredet, obwohl man sich für einen Lösungsansatz lieber mit ihnen konfrontieren sollte. Die Union braucht Reformen, da sind sich die meisten einig, aber bei der Frage nach dem Wie gehen die Antworten weit auseinander. Macron ist sicherlich ein Hoffnungsträger für Reformen innerhalb der EU, aber auch kein Allheilmittel. Selbst bekennende Liberale neigen anscheinend teilweise zu Populismus und EU-Verteufelung. Auch damit muss man sich auseinandersetzen. Was wir aber vor allem beachten sollten: Es könnte noch schlimmer kommen.

Denken wir neu – die Aufgaben der Liberalen für eine neue EU

In Deutschland haben wir im Vergleich dazu Glück gehabt. Ja, auch bei uns haben die Populisten einen Erfolg einfahren können. Aber insgesamt überwiegt bei der Wahl trotzdem ein klares Bekenntnis zu unserem Grundgesetz und unserer europäischen Identität.

Die Freien Demokraten und vor allem auch die Jungen Liberalen bekennen sich klar und deutlich zur Europäischen Union. In unserem jungliberalen Wahlprogramm haben wir uns damit nicht ohne Grund an erster Stelle mit der Thematik befasst. Die Liberalen wissen um den Wert der EU, und sind auch aufgrund ihres Eintretens dafür wieder im Bundestag vertreten. Deshalb muss es jetzt an die Arbeit gehen – im Parlament und idealerweise dann auch in einer Regierung, die diese proeuropäische Haltung vehement vertritt.

Dabei ist die Rolle der ALDE hervorzuheben. Im Moment sind die Gruppe im Europäischen Parlament und die Partei immer noch ein Sammelsurium vieler nationaler Parteien mit unterschiedlichen Meinungen. In der ALDE-Gruppe sind mehr als die Hälfte der repräsentierten Nationalitäten jeweils durch unterschiedliche nationale Parteien vertreten. Für Deutschland sitzen derzeit beispielweise drei FDP-Abgeordnete in der Fraktion, aber auch eine Abgeordnete der Freien Wähler. Diese Vielfalt muss als Stärke genutzt werden, denn uns eint der Reformwille für eine demokratischere EU. Das passiert glücklicherweise schon auf vielen Ebenen, gestützt durch eine hervorragende Arbeit des ALDE- und insbesondere des LYMEC-

Vorstandes. Aber gerade auf den nationalen Ebenen muss das noch ankommen, auch bei der FDP. Das Ziel muss sein, drittstärkste Fraktion bei den Europawahlen in zwei Jahren zu werden und das erreicht man nur gemeinsam.

Einer der grundlegenden inhaltlichen Punkte wird vor allem die Demokratisierung und Entbürokratisierung der EU sein. Ein gestärktes Europäisches Parlament mit Initiativrecht könnte zum Beispiel die Brüssel-Bubble öffnen und näher an die Bürgerinnen und Bürger bringen. Auch eine Entschlackung der Europäischen Kommission muss ganz oben auf der To-Do-Liste stehen, wenn man eine Reform glaubwürdig vertreten möchte.

Am wichtigsten ist aber eine Veränderung der Kommunikation über die EU. Hier wäre es wünschenswert, wenn die liberalen Kräfte innerhalb der EU klare Kante geben. Und zwar denen gegenüber, die als nationale Regierungen gerne die EU als Ganzes kritisieren, obwohl sie selbst ein Teil der Institution sind. Denen gegenüber, die mit falschen Behauptungen versuchen, Stimmungen zum Stimmenfang auszunutzen. Und auch denen gegenüber, die sich zwar proeuropäisch nennen, aber im entscheidenden Moment doch nicht dafür gerade stehen.

Die Bedingungen sind klar. Wir haben möglicherweise nur vier Jahre Zeit. Der Populismus hat leider noch Potential zu wachsen. Die Liberalen müssen diese Zeit nutzen, um die EU endlich von einer dauerhaft reformbedürftigen in eine transparente, bürgernahe und effiziente Institution umzuwandeln. Deshalb: Denken wir die EU neu.



JULIUS GRAACK (19) hat letztes Jahr einen Freiwilligendienst bei der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft in Straßburg absolviert und studiert seit Oktober in Göttingen Philosophie und VWL. Ihr erreicht ihn unter jugraack@web.de

Das Gesicht des bürgerlichen Antifaschismus

Über den Umgang mit der AfD im neuen Deutschen Bundestag

Mit den 94 Abgeordneten der AfD ziehen zahlreiche Rechtsextremisten, Reichsbürger und Anhänger der sogenannten Neuen Rechten in den Deutschen Bundestag ein. Auch der letzte Zweifler muss anerkennen: Wir haben ein rechtes Problem in Deutschland. Es ist Zeit eine wirksame Strategie für den Umgang zu entwickeln. Ein Versuch.

Das hatten wir uns anders vorgestellt. Die drei kleinen demokratischen Parteien lagen im Wettstreit um den dritten Platz bei der Bundestagswahl noch am Wahltag in Umfragen gleichauf. Am Ende sollte es einen lachenden Vierten geben. Mit großem Jubel und Getöse zog die AfD als drittstärkste Kraft in den Deutschen Bundestag ein. Ohne die Verweigerung der SPD für eine erneute Regierungsbildung, wären die AfD-Spitzen Alice Weidel und Alexander Gauland ab sofort Oppositionsführer. Bei dieser Vorstellung läuft es den meisten Demokraten eisig den Rücken herunter. Aber auch ohne diese herausgehobene Rolle haben wir ein Problem. Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zieht eine offen rassistische, fremdenfeindliche und reaktionäre Partei in den Bundestag ein. Bei einigen der neuen Abgeordneten kann darüber hinaus auch die Bejahung der

Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung und der Demokratie stark in Zweifel gezogen werden.

Noch in den letzten Tagen des Wahlkampfes haben die demokratischen Parteien die AfD und ihre Umfragewerte entweder geflissentlich ignoriert oder aber, wie auch die Freien Demokraten, versucht sie im demokratischen Diskurs zu stellen und zu entlarven. Beide Strategien haben ganz offensichtlich nicht funktioniert. Es ist daher dringend an der Zeit zu reflektieren, wie zukünftig mit dieser Bedrohung für unsere progressive, bunte Gesellschaft und das demokratische System umgegangen werden sollte. Jeder Abgeordnete der demokratischen Parteien, insbesondere die Jungen, müssen der AfD nun nicht nur die Stirn bieten, sondern aktiv Projekte und Initiativen gegen Rechts starten. Aber auch die Zivilgesellschaft und politische Gruppen wie die Jungen Liberalen müssen aktiv werden und unsere offene Gesellschaft, unsere Demokratie schützen. Aber wie kann das im Detail funktionieren?

Keine Toleranz für Intoleranz

Für Liberale ist die Meinungsfreiheit richtigerweise ein unantastbares Gut. Das bedeutet aber nicht Beliebigkeit in Bezug auf die geäußerte Meinung oder gar Toleranz ihr gegen-

über aufbringen zu müssen. Es existiert ein enormer Unterschied zwischen dem leidvollen Ertragen von Meinungen und der Toleranz rechten Gedankenguts. Muss man faschistische Meinungen also hören? Ja. Das sichert das Grundrecht auf Meinungsfreiheit zu. Aber deshalb dürfen solche Äußerungen noch lange nicht toleriert werden. Ganz im Gegenteil. Zu jeder Zeit und an jeder Stelle muss massiver Widerspruch der Demokraten erfolgen. Die demokratische(n), progressive(n) Alternative(n) zu dem Gesagten müssen benannt und den Menschen erklärt werden. Auch wenn diese Alternativen manchmal etwas mühsamer sind als populistisches Gebrabbel. Die größte Gefahr in den Debatten ist, dass irgendwann eine Routine und Müdigkeit eintritt, Gegenpositionen zu formulieren. Das darf nicht passieren.

Das Ziel der Rechten ist es nicht nur, direkt Einfluss zu gewinnen, sondern auch, die politische Debatte Stück für Stück nach rechts zu verschieben und so nach und nach zuvor Unsagbares oder Denkbares zu normalisieren. In den vergangenen Jahren war diese Strategie schon enorm erfolgreich, wie die rechtspopulistischen Ausflüge von CSU und FDP im Bundestagswahlkampf, insbesondere aber die Diskussion um den Parteiaustritt von Frauke Petry belegen. War Frauke Petry zu Beginn

noch ein rechtes Monster, wurde mit ihr nun der Abgang der letzten Moderaten betrauert. So funktioniert gesellschaftlicher Rechtsruck. Zentral für den Erfolg einer solchen Strategie ist es, beständig die Agenda zu definieren und die demokratischen Parteien in eigenen Themen wie etwa der Flüchtlingspolitik vor sich herzutreiben. Das dürfen die demokratischen Parteien nicht weiter hinnehmen. Raus aus der Defensive und selbst die politische Agenda bestimmen. Das ist mühsam, auch weil die AfD-Fraktion keine konstruktive Rolle im Parlament einnehmen muss und wird. Mit der vielen Zeit und den neuen Mitarbeitern haben sie nichts anderes zu tun, als zu stören und debattenbestimmende Anträge zu stellen. Trotzdem haben Gauland und Weidel lang genug dominiert. Zeit, sie zu marginalisieren.

Europa statt Nationalismus

Ausländer- und Europafeindlichkeit dürfen keinen Platz in unserem Parlament und Gesellschaft haben. Das müssen die demokratischen Parteien klar vorleben. Es hilft am Ende nur der AfD, wenn sich die Freien Demokraten scheinbar von ihrer großen europapolitischen Vision eines europäischen Bundesstaats verabschieden. Dieses Ziel muss gerade vor dem Hintergrund des wiederkehrenden Nationalismus stärker denn je betont werden. Dazu gehört sicher auch, nicht jedem Akt der europäischen Solidarität eine Absage zu erteilen. Europa war und ist mehr als nur ein ärgerlicher Posten im Haushalt. Es ist unsere Werte- und Friedensordnung. Gerade mit Blick auf rechtspopulistische und -extreme Entwicklungen in anderen europäischen Staaten müssen wir mehr denn je bereit sein, auch über reines Eigeninteresse hinaus in die europäische Idee zu investieren. Politisch und finanziell. Ergreifen wir also die ausgestreckte Hand Emmanuel Macrons.

Keine Räume geben

Vertreter der Rechten nutzen jeden Raum, jede Bühne, die sie kriegen können. Das hat sich jüngst auf der Frankfurter Buchmesse eindrucksvoll bestätigt, zeigt sich aber auch schon seit Jahren in der Jugendarbeit von rechten Kameradschaften in Teilen Ostdeutschlands. Stichwort: Jugendfreizeiten und Jugendbetreuung. Anders als liberale Kräfte sind Rechte darin trainiert und äußerst begabt, auch unkonventionelle Räume zu erkennen und

dann in sie vorzustößen. Das zu verhindern geht nur, indem selbst frühzeitig und kreativ Räume erkannt und genutzt werden. Da haben auch die Freien Demokraten und Jungen Liberalen noch Nachholbedarf. Das kann und soll Politik natürlich nicht allein bewältigen. Die Zivilgesellschaft – auch das hat sich im Osten der Republik gezeigt – ist hervorragend darin, Projekte gegen Rechts zu führen. Auch präventive Jugendarbeit, etwa in Sportvereinen oder Jugendfeuerwehren, kann stark zur Demokratievermittlung beitragen. Was aber all diesen Organisationen und ihren Freiwilligen fehlt, ist Geld und politische Anerkennung. Beides ließe sich als Teil einer neuen Bundesregierung schnell ändern.

In der Vergangenheit haben sich die Freien Demokraten bei der öffentlichen Beteiligung an Demonstrationen und Aktionen gegen Rechts besonders schwergetan. Breite Bündnisse aus Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren werden regelmäßig ohne deren Beteiligung gebildet. Dabei steht die Tür eigentlich immer offen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es die Kooperation mit diesen tendenziell eher linken Organisationen offenbar auch bei so einem wichtigen Zweck für viele Freidemokraten unmöglich ist. Das oft genannte „Wir laufen nicht mit der Antifa“-Argument kommt nur zu gelegentlich, um keine öffentliche Front gegen Rechts zeigen zu müssen. Das muss sich ändern. Der Protest gegen Rechts darf nicht den Linken überlassen werden. In Zukunft müssen auch gelbe Fahnen zu sehen sein.

Wenn die Freien Demokraten und Jungen Liberalen es ernst meinen mit offener, bunter Gesellschaft, ist es jetzt die Zeit, das zu zeigen, aktiv zu werden, Haltung zu zeigen. Sowohl im Parlament, in der Zivilgesellschaft als auch auf der Straße. Wir können und müssen das Gesicht des bürgerlichen Antifaschismus in diesem Land werden. Das ist nicht zuletzt auch die Hypothek bei den Wählerinnen und Wählern für das großartige Wahlergebnis.



LASSE ROTH (29) ist Analyst für Außen- und Sicherheitspolitik und ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Liberalen. Er ist genervt von Ausflügen nach rechts und wünscht sich schon lange einen wirklichen liberalen Antifaschismus. Ihr erreicht ihn unter roth@julius.de

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Laura Schieritz (schieritz@julius.de)

Autoren:
Marc Bauer, Michael Bödecker, Franziska Brasse, Johannes Dallheimer, Julius Graack, Dennis Hänel, Nicolas Lembeck, Nadine Mayer, Larissa Saar, Lasse Roth, Marcel Schoch, Katharina Schreiner, Tim Schütz, Carolin Desirée Töpfer, Stefanie Unbehauen

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an schieritz@julius.de schicken.

Bildnachweise
S.4/5: Berlin Icons von Anna Weiss / The Noun Project
Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen
© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin
Illustrationen dieser Ausgabe wurden mithilfe Materials von unsplash.com erstellt und sind nicht gesondert ausgewiesen.



FÜR UNSERE GESUNDHEIT

MACHT **KRANKENPFLEGERIN**
LUNA DIE NACHT ZUM TAG.

WIR SAGEN DANKE.



Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**